

Internationale Nachrichten

Objektyp: **Group**

Zeitschrift: **ASMZ : Sicherheit Schweiz : Allgemeine schweizerische Militärzeitschrift**

Band (Jahr): **186 (2020)**

Heft 11

PDF erstellt am: **22.07.2024**

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

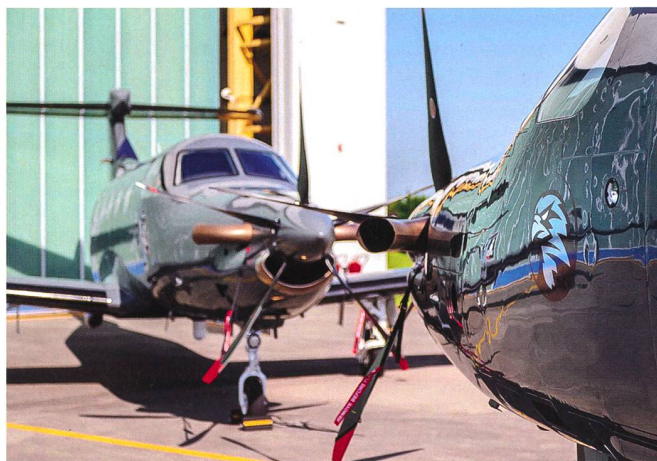
Ein Dienst der *ETH-Bibliothek*
ETH Zürich, Rämistrasse 101, 8092 Zürich, Schweiz, www.library.ethz.ch

<http://www.e-periodica.ch>

Irland

PC12-NG Spectre ausgeliefert

Das Irish Air Corps erhielt drei neue Flugzeuge des Typs PC-12NG Spectre, die in den Nidwaldner Pilatus Flugzeugwerken gefertigt wurden. Die Maschinen, bereits 2017 bestellt, wurden aus der Schweiz zur Endfertigung ins Pilatuswerk nach Denver (USA) überstellt. Dort erfolgten auch ausgiebige Tests an allen Zusatzsensoren. Mitte September wurden die Flugzeuge über den Atlantik auf die irische Airbase Baldonnel geflogen. Im Beisein des Aussen- und Verteidigungsministers Simon Coveney, der Generalsekretärin des Verteidigungsdepartements sowie dem Generalstabschef wurden die drei Maschinen offiziell in Dienst gestellt. Die Mehrzweckflieger sollen MEDEVAC-Flüge übernehmen, Truppen,



Irische PC-12-Mehrzweckflugzeuge.

Bild: Irish Air Corps

Personal aber auch genügend Fracht transportieren können und besonders auch Aufgaben wie ISTAR-Missionen (Intelligence, Surveillance, Target Acquisition und Reconnaissance) durchführen. Sie sind allwetter- und nachflugtauglich. Die single-engine Turbopropmaschinen verfügen über eine diesen Typ auszeich-

nende Hecktüre, die das unkomplizierte Zuladen von Gepäck und Material aber auch den schnellen Umbau des «Innenlebens» erlaubt. Für Coveney ein grosser Erfolg: «Wir haben mehr als 43 Millionen Euro investiert. Das ist ein Zeichen für das grosse Engagement der irischen Regierung, unserer Truppe die best-

mögliche Ausrüstung zur Verfügung zu stellen. Nur so können die Streitkräfte den von uns geforderten Aufgaben gerecht werden.» Bereits im April kaufte Irland eine PC-12 im Eilverfahren, um die Streitkräfte im Rahmen der Covid-Einsätze zu unterstützen. Diese Maschine ist seither fast pausenlos unterwegs, um irische Soldaten aus ihren Missionsgebieten aus Afrika, dem Kosovo und Nahen Osten zu repatriieren oder Material zu bewegen. Der Kauf ging auf eine Intervention mehrerer höherer Stabsoffiziere zurück, welche öffentlich Besorgnis über die mangelnde strategische «Airlift-Capacity» ihrer Armee äusserten. Irland hat derzeit mehr als 600 Soldaten in mehreren Auslandseinsätzen stationiert. Entsprechend will man nun auch den Kauf von grösseren Transportflugzeugen prüfen.

Tschechien

Luftabwehrraketen aus Israel

Das tschechische Verteidigungsministerium beabsichtigt im Rahmen eines Beschaffungsprogramms von 430 Millionen US-Dollar seine bodengestützte Luftabwehr zu erneuern. Um ihr Land genügend gegen Angriffe durch Flugzeuge, Helikopter, Marschflugkörper, Drohnen und andere Bedrohungen aus der Luft verteidigen zu können, setzen die Tschechen auf das SPYDER-System des staatlichen israelischen Herstellers Rafael Advanced Defense Systems. Dafür wurden Ende September erste Gespräche aufgenommen. Mit SPYDER werden Raketen der Typen Python-5 und I-Derby verschossen, deren bewährter Einsatz in einer Distanz bis zu 100 Kilometern

erfolgen kann. Das System verfügt über eine Mehrfachzielbekämpfung sowie über die Fähigkeit zur Zielerfassung «lock-on-before-launch» und «lock-on-after-launch». Zum Paket gehört auch ein 3D-Radarsystem der Firma Elta, einem Tochterunternehmen der staatlichen Israel Air Force Industries. Insgesamt geht es um eine Beschaffung im Rahmen

von 4 Batterien (Geschütze, Radar und Feuerleitgeräte). Das System wurde nach einer mehrjährigen Evaluation, in der letztendlich noch sieben Hersteller übrig blieben, ausgewählt. Für Lubomir Metnar, Verteidigungsminister in Prag, ist deshalb klar: «Israel hilft uns mit diesem strategischen System, das ein Schlüsselement unserer Verteidigungs-

fähigkeit sein wird, die tschechischen Streitkräfte zu modernisieren. Es bildet zusammen mit unseren Kampffzeten den Grundpfeiler der Luftverteidigung.» Konkret will er damit «seine» Schlüsselinfrastruktur (Industrie und Energiezentren, Flughäfen und systemrelevante Bauten) schützen. All das sei «mit unseren veralteten Systemen aus Sowjetbeständen» nicht möglich, so Metnar. Derzeit ist Tschechien auf das aus den 1960er-Jahren stammende 2K12-KUB Lenkwaffengeschütz angewiesen. Es verfügt davon noch über etwa vier einsatzfähige Batterien à je 16 Werfer, die unterdessen als total veraltet gelten. Entsprechend wird erwartet, dass die Lieferverträge anfangs 2021 unterzeichnet und die ersten SPYDER-Systeme ab 2023 in Dienst gestellt werden.



SPYDER-System gemäss Produktkatalog.

Bild: Rafael Defense Systems

Deutschland

Schwerer Transport-helikopter wird (vorerst) nicht gekauft

Laut dem deutschen Verteidigungsministerium waren die Angebote für den von Boeing hergestellten CH-47 CHINOOK, respektive den CH-53K KING STALLION von Lockheed Martin schlichtweg zu teuer. Eigentlich war die Auftragsvergabe auf 2021 ausgelegt. Nun wurde das Programm überraschend gestoppt. Wann das unter dem Namen «Schwerer Transport-hubschrauber» (STH) laufende Projekt wieder aufgenommen wird, ist unbekannt. Klar ist hingegen, dass die Bundesregierung bereits vor dem offiziellen Abbruch der Übung

Ende September einen Verteidigungshaushalt für 2021 vorlegte, auf dem keine Hinweise für eine anstehende Beschaffung des STH ersichtlich waren. Dies verblüfft, denn die 40 bis 60 Helikopter hätten eigentlich als Vorzeigeprojekt einer «Beschaffung ab Stange» erhalten sollen, so die Vergabestelle des Bundesamtes für Ausrüstung, Informationstechnik und Nutzung der Bundeswehr. Bereits 2017 entschied nämlich der damalige Generalinspekteur der Bundeswehr, Viersternegeneral Volker Wierker, dass für den Ersatz der veralteten CH-53 SEA STALLION nur zwei Modelle in Betracht gezogen werden dürfen und ebnete damit den Weg für diese Beschaffung «off-the-



Nachfolgemodell des Sea Stallion auch auf Eis.

Bild: Luftwaffe

shelf». Den Rest regelte die Politik, die bis 2031 ein Kostendach von total 5,6 Milliarden Euro versprach. Doch unzählige Spezialanforderungen und nachträgliche Anpassungen trieben den Preis dermassen in die Höhe, dass die Hersteller

sich veranlasst sahen, ihre eingereichten Offerten anzupassen. Die Rüstungsbeamten zogen die Notbremse. «Das Einhalten der Verpflichtungsermächtigungen sei unter diesen Vorzeichen unwahrscheinlich», hiess es denn auch aus Berlin.

Griechenland / Zypern / Israel

Verteidigungszusammenarbeit verlängert

Die drei Mittelmeerstaaten Griechenland, die Republik Zypern und Israel unterzeichneten im August ein Abkommen, das ihre gemeinsame militärische Zusammenarbeit um ein weiteres Jahr regelt. Bereits seit 2011 besteht eine Quasi-Allianz, die nicht primär aus kollektiven bedrohungsbezogenen Überlegungen entstand, sondern vielmehr die individuelle Wahrnehmung eines gemeinsamen Sicherheitsrisikos im östlichen Mittelmeer, nämlich die Türkei, als Grundlage hat. Dank dem Ver-

tragswerk werden gemeinsame Übungen und trilaterale Operationen durchgeführt. Die Bündnispartner intensi-

vierten zuletzt ihre gemeinsamen Manöver, im Besonderen seitdem im Januar 2020 mit einem gemeinsamen Ener-

gieabkommen die Förderung von Gas in den benachbarten Meeres- und Hoheitsgebieten beschlossen wurde. Dabei geht es unter anderem um ein sieben Milliarden Euro teures Gas-pipelinevorhaben nach Zentraleuropa. Die regionale Konkurrenz ist gross. Denn spätestens seitdem im Juni 2020 die USA unilaterale Sanktionen gegen sämtliche Firmen die an den Pipelineprojekten Nordstream 2 (aus Russland) und Turkstream 2 (aus der Türkei) nach Europa beschlossen, lotet Ankara im Mittelmeer-raum auf äusserst dominante Weise seinen Machteinfluss aus.



Bild: Griechischer Generalstab für Nationale Verteidigung

Trilaterales Abkommen verlängert.

USA

Kampfjets mit künstlicher Intelligenz geschlagen

Es war ein besonderer Wettbewerb. Die Defense Advanced Research Projects Agency (DARPA) in den USA hat

im Rahmen seines Air Combat Evolution Programms dazu aufgerufen eine Software zu entwickeln, die Kampfjets mittels künstlicher Intelligenz (KI) fliegen lässt. Konkret: Sieger wurde, wer es schaffte, eine F-16 im Simulator-Luftkampf

(vom erfahrensten Ausbilder der US Air Force Pilotenschule geflogen) zu besiegen. Unter dem Namen Alpha Dogfight Simulation duellierten sich deshalb Mitte August während drei Tagen Mensch und Maschine. Das Ergebnis war ein-

deutig. Ein Team von Heron Systems schlug sämtliche Mitbewerber. Darunter KI-Giganten wie Lockheed Martin, Boeing Aurora Flight Sciences, EpiSys Science, dem Georgia Tech Research Institute und weiteren. Das Besondere: He-

ron Systems hat nur etwa 30 Angestellte. Am Ende unterlag der Pilot mit dem Rufnamen «Banger» seinem digitalen Gegner mit 5:0 und gab sich als fairerer Verlierer. «Es sei klar, dass anlässlich der Simulation einige Parameter nicht berücksichtigt werden konnten. Aber KI ist in der Lage, sich in nicht antizipierbare vorteilhafte Positionen zu manövrieren. Gekoppelt mit digitaler Zieltechnik und unendlichem Fluss an Informationen war es ein leichtes Spiel. Aber insgesamt eben doch ziemlich das, was wir auch

in unseren gewöhnlichen Trainings erleben», so der nur mit Decknamen genannte Pilot. Das Potenzial ist indes sehr hoch. Experten gehen davon aus, dass die Siegerfirma grosse Investitionen des Pentagons erhalten dürfte, was der Technik einen erneuten Quantensprung erlauben wird. Denn klar ist, Flugzeuge mittels KI zu fliegen, ist nichts neues. Und bei KI steht man noch ganz am Anfang. Dereinst wird es wohl möglich sein, die Piloten als potentielle menschliche Fehlerquelle gänzlich zu ersetzen.

Russland

T-72 wird nochmals modernisiert

Zum Abschluss der internationalen, jährlich von Russland durchgeführten Army Games, erklärte Verteidigungsminister Sergei Shoigu am 5. September, dass sämtliche seiner Kampfpanzer T-72 und dessen Varianten auf den Standard T-72B3M aufgerüstet werden. Gemäss Shoigu ist das Upgrade-Paket im Besonderen den Erkenntnissen aus diesem Event, der auch als Kriegsolympiade bekannt ist, zu verdanken. Jährlich nehmen seit 2015 etwa 30 Nationen an dem Wettkampf teil. Soldaten messen sich dabei in (selbsterklärenden) Disziplinen wie Panzer-Biathlon, dem Suworow-

Angriff, Aviadarts, Freier Himmel, Schützenmeister der Artillerie und vielen mehr. Entsprechend konnte auch wiederholt Know-how gesammelt werden. Der T-72B3M, erstmals im Oktober 2014 vorgestellt, hat sich insofern bewährt, als dass nun alle noch aktiven über tausend Panzer der T-72 Bauart kampfwertgesteigert werden. Das Modell ist mit dem moderneren T-90 vergleichbar, kostet aber nur einen Bruchteil davon. Schon 2017 erhielten die westlichen und südlichen Militärbezirke 150 Exemplare. Ebenfalls wurde eine leicht modifizierte Variante nach Weissrussland gebracht. 2020 wurden bereits 120 Upgrades in Russland ausgeliefert.



T-72B3M an den Army Games.

Bild: Military Today

Japan / Indien



Regierungschef Narendra Modi (li.) und Japans Premier (zum Zeitpunkt des Vertragsabschlusses) Shinzo Abe.

Bild: Handelsblatt

Neues Militärabkommen geschlossen

Beide Länder sollen einander militärisch unterstützen und Stützpunkte gemeinsam benützen. Ähnliche Verträge haben beide Länder bisher etwa mit den USA, Australien und Frankreich. Eines der Grundmotive ist, China im Zaum zu halten.

Die Regierungen Japans und Indiens haben ein lange erwartetes und hochsymbolisches Abkommen geschlossen: Im Rahmen des «Mutual Logistics Support Arrangements» (MLSA) beziehungsweise «Acquisition and Cross-Servicing Agreements» (ACSA) werden beide Staaten Militäreinheiten des jeweils anderen Partners grösstmögliche logistische Unterstützung zukommen lassen, wobei der Schwerpunkt bei den Seestreitkräften liegt.

Konkret heisst das etwa, dass Schiffe und Flugzeuge Einrichtungen des Vertragspartners benützen, dort betankt und repariert werden dürfen. Indien bekäme auf diese Weise etwa auch einen Zugang zur japanischen Militärbasis im ostafrikanischen Djibouti, Japan umgekehrt zu indischen Militäreinrichtungen auf den Andamanen und Nikobaren im Indischen Ozean.

Das Abkommen ist ein klares Signal an China, das sich in den vergangenen Jahren in Afrika und im Indischen Ozean strategisch etabliert hat und mit Japan und Indien massiv in Konkurrenz steht. China hat sich einen Hafen in Pakistan gesichert und Zugangsrechte etwa in Burma und Kambodscha, weitere Staaten etwa in Afrika und im Pazifischen Raum werden diesbezüglich umworben. Seit 2017 gibt es einen chinesischen Stützpunkt in Djibouti, das kleine Land ist überhaupt zu einem Heerlager fremder Militärs geworden.

Zuletzt wuchs wegen Zusammenstössen zwischen indischen und chinesischen Truppen in umstrittenen Regionen des Himalayas sogar die Kriegsgefahr zwischen den beiden Atommächten. Indien hat in den vergangenen Jahren ähnliche Abkommen mit den USA, Frankreich, Südkorea und Singapur geschlossen, und erst im Juni mit Australien. Die genannten Länder haben wiederum solche Verträge untereinander. Indien darf zum Beispiel US-Basen in Djibouti und auf Guam benützen, französische Einrichtungen auf Réunion und in Djibouti. Japan hat solche Abkommen bisher etwa mit den USA, Kanada, Frank-

reich, Grossbritannien und Australien. In China wird das indisch-japanische Abkommen naturgemäss kritisch gesehen. In einem Kommentar der regierungsnahen Zeitung Global Times heisst es, die indische Politik sei «aggressiv», Japan und Indien wollten ihre wirtschaftlichen Beziehungen mit China einschränken und die Volksrepublik generell «eindämmen». In einem etwas spöttischen Seitenhieb auf Indien heisst es, das Riesenland sei zwar wirtschaftlich stark, aber militärisch eher mässig entwickelt.

Nordkorea

Soldaten an der chinesischen Grenze

US-Militär: Nordkorea stationiert Soldaten an Chinas Grenze. Der Kommandeur der US-Truppen in Südkorea, Robert Abrams, sagte im September bei einer Onlinekonferenz in Washington, Nordkorea habe an der seit Januar geschlossenen Grenze zu China eine Pufferzone eingerichtet, in der nordkoreanische Spezialkräfte im Einsatz seien. Es handle sich dabei um «Kampf-

truppen», die mit «Schiessebefehlen» ausgestattet seien.

Das extrem abgeschottete Nordkorea hat bisher noch keinen einzigen Coronavirus-Fall gemeldet. Pjöngjang hatte zum Schutz vor dem Coronavirus bereits Anfang Jahr die Grenzen geschlossen und im Juli den Ausnahmezustand ausgerufen. Beobachter vermuten aber, dass das Virus schon längst aus dem Nachbarland China ins Land kam. Einen grösseren Ausbruch könnte das schwache nordko-

reanische Gesundheitssystem kaum bewältigen.

Die Grenzschliessung habe für Nordkorea grosse wirtschaftliche Auswirkungen, sagte der US-General Abrams bei der Onlinekonferenz des Zentrums für strategische und internationale Studien (CSIS). Der Handel mit China sei um 85 Prozent zurückgegangen, die Nachfrage nach Schmuggelware habe daher stark zugenommen. Auch deshalb sei die Pufferzone an der Grenze eingerichtet worden.

China/Taiwan

Spannungen wachsen

Die Regierung in Peking betont immer wieder, dass von China keine Gefahr ausgehe. Spannungen mit Taiwan widersprechen dem jedoch. Im Pazifik-Raum wächst die Angst vor einem militärischen Konflikt.

In seinem Grusswort zur Generalversammlung der Vereinten Nationen gab sich Xi Jinping demonstrativ pazifistisch. «Wir haben keine Absicht, einen kalten Krieg oder einen heissen Krieg gegen irgendein Land zu führen», betonte Chinas Staats- und Parteichef in der Videobotschaft. Konflikte werde man durch Dialog und Verhandlungen lösen.

Doch im Asien-Pazifik-Raum haben die Spannungen zwischen China und benachbarten Staaten in den vergangenen Jahren spürbar zugenommen. Sichtbarstes Beispiel ist zurzeit der Taiwan-Konflikt. Die kommunistische Führung in Peking droht der demokratisch regierten Inselrepublik seit Jahren immer wieder mit Krieg. In den vergangenen Wochen haben die Spannungen deutlich zugenommen.

Chinas Marine hält demonstrativ Seemanöver in der Nähe von Taiwan ab. Die



Xi's Rede vor der UN-Vollversammlung.

Bild: UN Photo

staatlich gesteuerten Medien des Landes berichten ausführlich. Zuletzt haben chinesische Kampfjets mehrmals die Trennlinie überflogen, die den chinesischen vom taiwanischen Luftraum abgrenzt. Diese – bisher von beiden Seiten respektierte – Trennlinie existiere gar nicht, erklärte das Verteidigungsministerium in Peking wiederholte Male im September und Oktober.

Die Regierung von Taiwan protestierte und liess im September mehrmals Abfangjäger aufsteigen, um die eindrin-

genden chinesischen Maschinen abzurängen. Ernsthaft passiert ist bisher nichts, doch rhetorisch hat sich der Konflikt zuletzt erheblich hochgeschaukelt.

In einem Leitartikel der staatlichen chinesischen Propaganda-Zeitung Global Times hiess es Ende September: «Das Manöver des chinesischen Militärs ist keine Warnung, sondern der Testlauf für eine Übernahme Taiwans.»

Die wachsende internationale Kritik an den offenen Kriegsdrohungen gegenüber

Taiwan weist die kommunistische Führung in Peking zurück. «Taiwan ist ein heiliger, untrennbarer Teil Chinas», sagte der Sprecher des chinesischen Verteidigungsministeriums, Ren Guoqi. Es handle sich bei Taiwan um eine rein interne chinesische Angelegenheit, «bei der wir keine ausländische Einmischung dulden».

*Pascal Kohler,
Henrique Schneider*